Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 21.01.22

Offener Brief zum Impfzwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft sowie an die Anfrage vom 17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände**, die noch alle unbeantwortet sind.

Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegsakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rücktrittsreif und ein Fall für das Gericht. Über die **fehlende Sinnhaftigkeit des Impfzwanges** möchte ich Ihnen noch mitteilen:

Was Sie (134 Nationalräte) anscheinend nicht verstehen (wollen?) oder können, ist, dass es **keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Impfquote und der Anzahl der Neuinfektionen gibt.** (Da gibt es aber eine Harvard Studie die von der wissenschaftlichen Gemeinde anerkannt wird!) **Sie (134) alle sind überreif rücktrittsreif!** Die mRNA-Gentherapie schützt NICHT vor der Infektion, schützt nicht vor Weitergabe, schützt nicht vor Erkrankung und schützt nicht vor dem Tod. Es gibt bisher keine medizinische Evidenz, dass schwere Verläufe durch eine Impfung verhindert werden. WAS IST NUR LOS BEI IHNEN? Stehen alle Systemparteien auf der payroll der Pharma? Anders kann ich mir das nicht mehr erklären. Ich verlange einen Untersuchungsausschuss, den Rücktritt aller Impfzwangbefürworter und die Einsetzung einer Expertenregierung.

ERGO zum fehlenden Schutz der Impfung: Macht die jetzt vorgestellte MILLIARDENINVESTIION in weitere Impfungen und Belohnung der Gemeinden und Geimpften KEINEN SINN und ist als weitere unnötige millardenschwere Steuergeldverschwendung anzusehen. Sie befinden sich auf einem weiteren Irrweg oder sind ein Pharmalobbyist. Sie unterliegen ständig Fehlentscheidungen. **Frühbehandlungen und Präventivmaßnahmen sowie bekannte wirksame ambulante Behandlungen sowie Schutz der Risikiogruppen** in Altersheimen und Pflegheimen sind der viel bessere Weg! Sie verursachen mit Ihrer Inkompetenz einen mRNA-Gentherapie-Menschenversuch mit gesundheitlichen Schäden, mit finanziellen Schäden, mit psychologischen Schäden, mit bildungstechnischen Schäden.

Sie setzen eine Milliarde nach der anderen in den Sand. Wieviel Geld erhielt ihre Partei von der Pharma seit 2020? Wenn Sebastian Kurz anfangs bereits **40 Millionen Impfdosen vertraglich vereinbarte und fixierte, ohne zu wissen, wie wirksam und sicher die sind,** möchte man jetzt diese experimentellen mRNA-Gentherapie-Impfstoffe vor Ablauf der

Haltbarkeitsdauer an uns per Zwang und Strafandrohung aufnötigen?! GEHT ES EUCH NOCH GUT?

Den Lockdown für Ungeimpfte um weitere 10 Tage zu verlängern, obwohl die Ungeimpften nicht wirklich maßgeblich am Pandemiegeschehen beteiligt sind, da sie ja seit 15.11.21 eingeschlossen werden, **kann wiederrum überhaupt nicht nachvollzogen werden** und stellt politische WILLKÜR dar! **Diese Maßnahme ist überflüssig und ohne Wirksamkeit.** Ohne medizinische Evidenz, Verhältnismäßigkeit, Sachlichkeit oder Rechtfertigung. Denken Sie eigentlich bevor Sie was sagen und glauben wir bekommen überhaupt nichts mehr mit?

---

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/oesterreich-fallzahlen-um-bis-zu-60-prozent-gefaelscht-a3692369.html

Österreich: Fallzahlen um bis zu 60 Prozent gefälscht?

Von Kathrin Sumpf20. Januar 2022 Aktualisiert: 21. Januar 2022 6:54

Die offiziellen Covid-19-Fallzahlen in Österreich seien **fehlerhaft und manipuliert,** erklärt Diplomingenieur Steffen Löhnitz. **Sie seien überhöht und benutzt worden**, um entsprechende Eingriffe in die Grundrechte zu rechtfertigen. Am 21. Januar um 10:30 Uhr legt er seine Beweise vor.
„Eine Landesregierung, die im Zusammenwirken mit der Bundesregierung die Fallzahlen in einer Größenordnung von ca. 60 Prozent fälscht, um die aktuellen Ziele ihrer Politik, konkret den Lockdown 11/12-2021 in Österreich und Vorarlberg zu rechtfertigen, nehme ich als vergleichbar mit **Aktivitäten einer kriminellen Organisation** wahr.“ Das sagt Steffen Löhnitz, der sich seit Langem mit den korrekten Zahlen in Bezug auf Coronaerkrankungen beschäftigt und nun mit weiteren Beweisen an die Öffentlichkeit geht.

Für den Zeitraum 25. Oktober 2021 und 31. Dezember 2021 dokumentierte und bewies Löhnitz, dass bei den angegebenen Coronazahlen **die sogenannten „Aktiven Fälle“ fehlerhaft sind.** Er wirft den Verantwortlichen bewusste Manipulation vor. Seine Ergebnisse legt er am 21. Januar um 10:30 Uhr in einer Pressekonferenz dar. Epoch Times sendet einen Livestream.

Er bezieht sich auf die jeweils aktuellen Werte aus allen österreichischen Bundesländern, die in die EMS-Datenbank der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) täglich eingearbeitet werden.

War der Lockdown 11/12 2021 gerechtfertigt? Und die Impfpflicht?

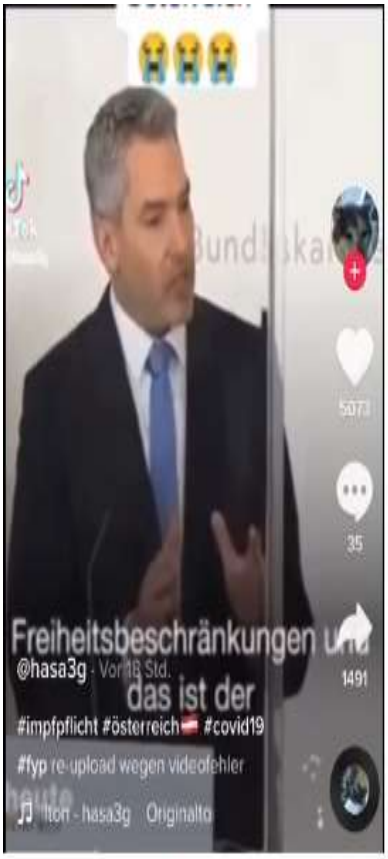
Die überhöhten und manipulierten Zahlen seien für **massive Einschränkungen der Grundrechte** benutzt worden, ebenso wie für eine **Diskriminierung großer**

Teile der Bevölkerung, **wirtschaftliche Schädigung von Einzelpersonen, Betrieben und Gemeinde**n, so Löhnitz.

Durch eine kontinuierliche Manipulation der Zahlen sei eine völlig falsche Realität erzeugt worden. Ohne die hohen Zahlenwerte wäre es nicht möglich gewesen, die entsprechenden Eingriffe in die Grundrechte zu rechtfertigen. Löhnitz geht vor allem der Frage nach, ob in Österreich der Lockdown 11/12-2021 gerechtfertigt war und ob die Impfpflicht auf dieser Datenbasis zulässig ist.

In Bezug zu seinen Ergebnissen erklärt er zudem: „Derartiger massiver Betrug, derartige darauf aufbauende Manipulationen der Bevölkerung – Österreich und auch Deutschland – überstiegen alles, was ich aus meiner DDR-Vergangenheit kannte, mir vorstellen konnte und was ich für möglich gehalten hätte."

Der gebürtige Sachse wurde unter anderem in Österreich bekannt als Initiator des „Volksbegehrens zur Erhebung der Erkrankten an Covid-19".

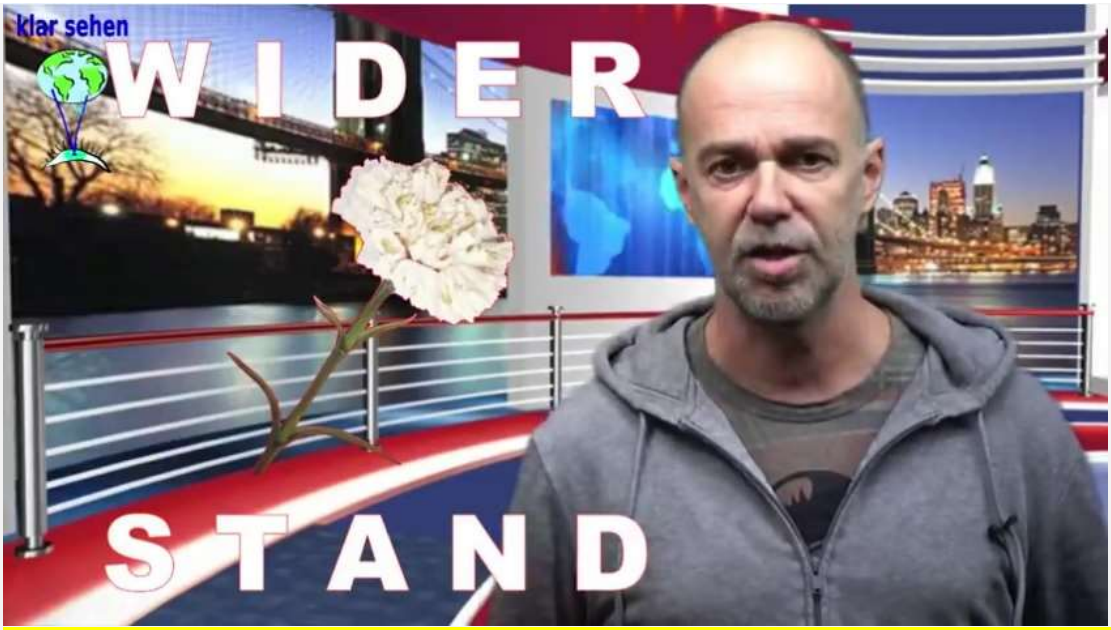


"Sondern es geht darum, dass wir uns als Gesellschaft mit dem Impfen schützen können, vor weiteren Freiheitsein-schränkungen."

Es geht nicht um die Gesundheit, deshalb hat wissenschaftliche Evidenz keinen Platz?!

Videobotschaft an Bundeskanzler Nehammer & Co - politisch fein eingerichtete Freunderlwirtschaft

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/oW1zT3t9SQr2/



OFFENER BRIEF AN VAN DER BELLEN VON INES NEUHERZ MIT AUFFORDERUNG STELLUNG ZU NEHMEN & ZU HANDELN!

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/tmXEc8zVx7JM/

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Der absolute Schwachsinn!

ALLE unter ZWANG stellen und damit die Freiheit von vielen verteidigen!

KEINERLEI KRITIK der anwesenden Hofberichterstatter!

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

Zur Erinnerung über die Aussagen "unserer" Nationalräte die heute alle einem experimentellen mRNA-Gentherapie-Impfzwang zustimmen: 180 Gradwendung, wie ein Fähnchen im Wind.

Köstinger „Wir wollen auf jeden Fall keine Impfpflicht in Österreich."

Mückstein: "Also ich bin gegen eine Impfpflicht, weil ich glaube das wir damit nichts erreichen werden."

Wöginger: „Ich betone es, es gibt keine Impfpflicht in diesem Land, und es wird sie auch nicht geben."

Kurz: „Wir haben in Österreich keine Impfpflicht, und das ist gut so."

Edstadler: "Eine Impfpflicht schließe ich kategorisch aus, die wird's nicht geben, das sollen die Menschen selbst entscheiden."

Kogler: „Ich schließe eine Impfpflicht aus. Ich schließe eine generelle Impfpflicht aus."

Wer entscheidet in unserer "Demokratie" und aufgrund von welchen Ideen/Gründen/Meinungsbildern?
https://www.heute.at/.../beschluss-fix-regierung-erhoeht...

Höhere Strafen

Mit türkis-grüner Mehrheit angenommen wurden laut Parlamentsdirektion im Ausschuss nämlich auch die Novellierungen des COVID-19-Maßnahmengesetzes und des Epidemiegesetzes, **die eine Anhebung der Strafrahmen und der Höchststrafen beinhalten!**

Neue Studien veröffentlicht

Herzmuskelentzündung nach Corona-Impfung: Risiko offenbar größer als bislang angenommen

Von evo 19.1.2022, 16:26 Uhr

Das Risiko einer Herzmuskelentzündung wurde bei den mRNA-Impfstoffen von Moderna und Biontech festgestellt. © Sebastian Willnow, NN

FASSEN WIR DEN HEUTIGEN TAG MAL KURZ ZUSAMMEN

- deutsche Krankenhausgesellschaft will Corona als Grippe einstufen

- 100.000 Kassenärzte werden drohende Impfpflicht nicht umsetzen

- Gesundheitsministerium legt offen, das bis zu 29% der Corona Toten nicht an Corona gestorben sind

- Verwaltungsgerichtshof in Bayern kippt 2G im Einzelhandel

- Ermittlungen gegen Habeck und Bearbock von den Grünen

- Schweiz verlängert den Genesenenstatus auf 12 Monate

- England erklärt Corona nahezu für beendet und schafft die Maskenpflicht ab

- USA beendet in weiten Teilen die kompletten Corona Maßnahmen

- Tschechien kippt die Impfpflicht

- Spanien behandelt Corona wie eine Grippe

https://www.oe24.at/coronavirus/wegen-omikron-top-virologen-zweifeln-an-impf-pflicht/507837355?fbclid=IwAR3hYy2dZ7M1e5-elbYwERAcZjMDfeVCueq5WRGpj3r2BDAxKM48A7ixv0c

CORONA-IMPFUNG

Wegen Omikron: Top-Virologen zweifeln an Impf-Pflicht

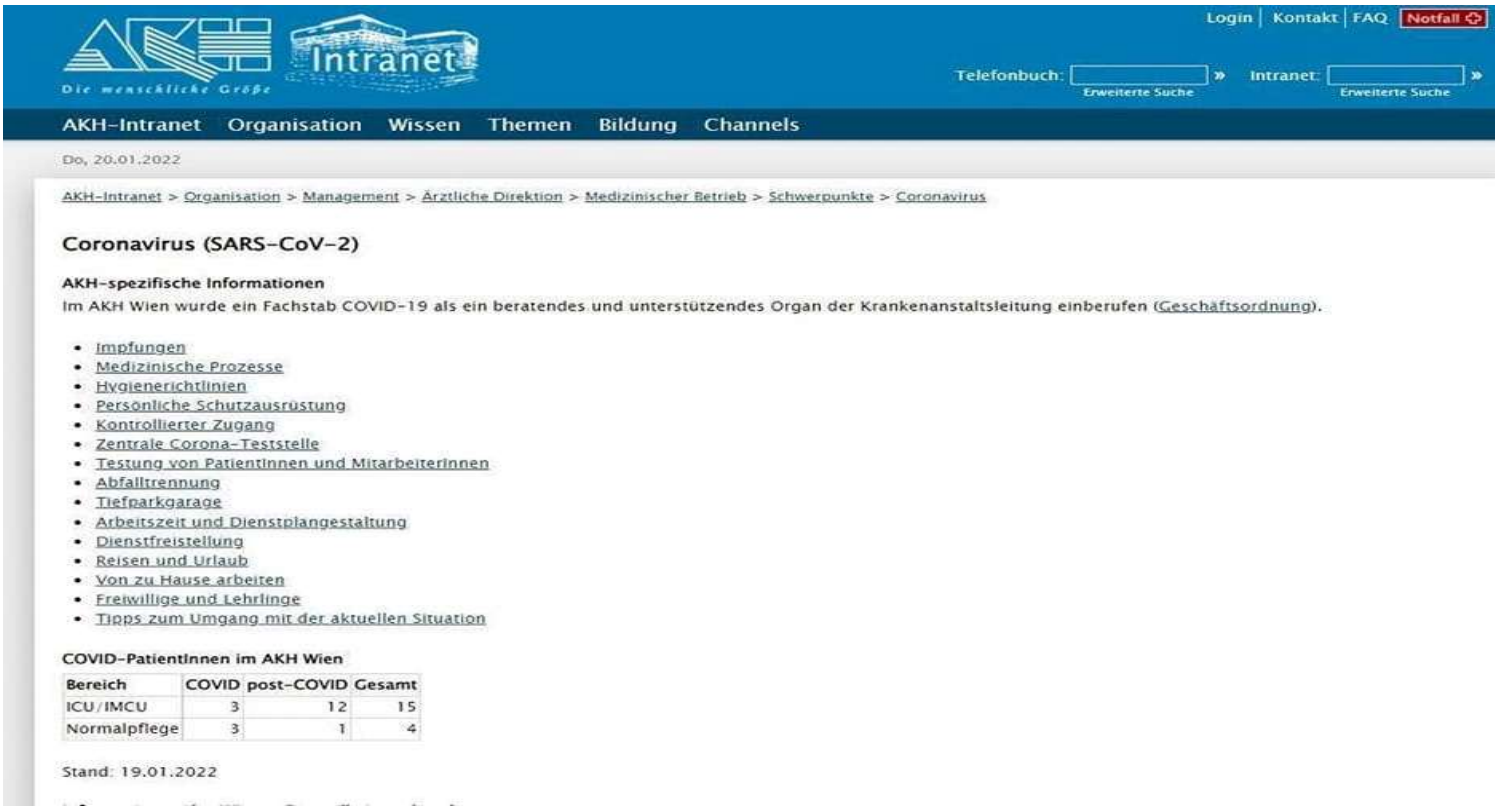
Renommierte deutsche Virologen melden sich zu Wort, die den Sinn einer Impfpflicht bezweifeln.

In Deutschland läuft nach wie vor die Debatte um eine Impfpflicht. Viele Politiker, wie zum Beispiel auch der deutsche Kanzler Olaf Scholz wollen eine Impfpflicht. Kommende Woche wird das Thema im Bundestag debattiert – der Ausgang ist noch offen. Jetzt melden sich Top-Virologen bei "Bild" zur Thematik zu Wort. Alle Studien zeigen, dass doppelt und dreifach geimpfte Bürger deutlich besser vor einem schweren Corona-Verlauf geschützt sind als ungeimpfte – das gilt auch für die Omikron-Variante. Dennoch bezweifeln die drei Top-Virologen die Sinnhaftigkeit einer Impfpflicht. Weil Omikron zwar hoch ansteckend ist, aber auch deutlich milder ist als sein aggressiver Vorgänger Delta.

"Was hilft uns eine Impfpflicht etwa ab März oder April, wenn alle Omikron-Messen schon gesungen sind?", sagt etwa Virologe Klaus Stöhr gegenüber "Bild". Denn dann sei das Schlimmste ohnehin vorbei. Stöhr sagt: "Wir nähern uns dem Ende der Pandemie."

Die ganze Diskussion über eine Impfpflicht habe "sich durch Omikron erledigt", so Virologe Alexander Kekulé. Für diese Welle bringe das "schon zeitlich nichts mehr". "Im Grunde haben wir es fast mit einem anderen Virus zu tun." Auch Virologe Jonas Schmidt-Chanasit sagt voraus, dass sich nach der Omikronwelle "die Frage nach der Sinnhaftigkeit" der Impf-Pflicht stelle. Er schlägt vor erstmal vor zu "schauen, wie viele Menschen sind geimpft und genesen."

Hier ist der endgültige Beweis für die tödlichste Pandemie des Universums: Im AKH in Wien liegen 19 Patienten (Stand 19.01.22) mit einem positiven PCR-Test. Wien hat ca 2 Millionen Einwohner.



Login | Kontakt | FAQ | Notfall

Intranet

Die menschliche Größe

Telefonbuch: » Erweiterte Suche Intranet: » Erweiterte Suche

AKH-Intranet Organisation Wissen Themen Bildung Channels

Do, 20.01.2022

AKH-Intranet > Organisation > Management > Ärztliche Direktion > Medizinischer Betrieb > Schwerpunkte > Coronavirus

Coronavirus (SARS-CoV-2)

AKH-spezifische Informationen

Im AKH Wien wurde ein Fachstab COVID-19 als ein beratendes und unterstützendes Organ der Krankenanstaltsleitung einberufen (Geschäftsordnung).

- Impfungen
- Medizinische Prozesse
- Hygienerichtlinien
- Persönliche Schutzausrüstung
- Kontrollierter Zugang
- Zentrale Corona-Teststelle
- Testung von PatientInnen und MitarbeiterInnen
- Abfalltrennung
- Tiefparkgarage
- Arbeitszeit und Dienstplangestaltung
- Dienstfreistellung
- Reisen und Urlaub
- Von zu Hause arbeiten
- Freiwillige und Lehrlinge
- Tipps zum Umgang mit der aktuellen Situation

COVID-PatientInnen im AKH Wien

Bereich	COVID	post-COVID	Gesamt
ICU/IMCU	3	12	15
Normalpflege	3	1	4

Stand: 19.01.2022

https://www.heute.at/s/4300-lehrer-drohen-wegen-der-impfplicht-mit-streik-100185331?fbclid=IwAR3S1xyUhx-Ki6Qv3jtld4qRG2pgijscLVYAHf1VuUc2k33W-yxxpL1-6A0

"Kritik an der Impfpflicht kommt nun auch aus dem Bildungsbereich. Am Donnerstag veröffentlichten impfkritische Lehrer ein Schreiben, in dem sie der Bundesregierung mit Streik drohen. Dieses Vorhaben wird auch von einer der MFG nahestehenden Arbeitnehmer-Organisation unterstützt.

4.300 Pädagoginnen und Pädagogen üben in dem offenen Brief Kritik an der geplanten Impfpflicht. 'Wir sind seit Monaten mit ständig neuen, oft widersprüchlichen Verordnungen konfrontiert, von denen viele unseren Berufsalltag enorm erschweren", heißt es in dem Schreiben. Mit der Einführung der allgemeinen Impfpflicht sei eine rote Linie überschritten.'"

20.01.2022, 11:44

Tausende Lehrer drohen bei Impfpflicht mit Streik

Die Pädagogen drohen im Falle der Einführung der Impfpflicht mit Streik. Symbolbild.Isabelle Ouvrard / SEPA.Media / picturedesk.com

Eine kleine Gruppe von Lehrern aus dem Impfskeptiker-Milieu droht in einem offenen Brief damit, die Arbeit niederzulegen, falls die Impfpflicht kommt.

Kritik an der Impfpflicht kommt nun auch aus dem Bildungsbereich. Am Donnerstag veröffentlichten impfkritische Lehrer ein Schreiben, in dem sie der Bundesregierung mit Streik drohen. Dieses Vorhaben wird auch von einer der MFG nahestehenden Arbeitnehmer-Organisation unterstützt.

4.300 Pädagoginnen und Pädagogen üben in dem offenen Brief Kritik an der geplanten Impfpflicht. "Wir sind seit Monaten mit ständig neuen, oft widersprüchlichen Verordnungen konfrontiert, von denen viele unseren Berufsalltag enorm erschweren", heißt es in dem Schreiben. Mit der Einführung der allgemeinen Impfpflicht sei eine rote Linie überschritten.

Zweifelhafte Argumente

Komme sie, werde man die Arbeit, die man stets mit Leidenschaft und Herz erfüllt habe, niederlegen, drohen die Pädagogen mit Streik. "Wir werden uns weder durch Druck noch durch Nötigung von unserer Entscheidung abbringen lassen", stellen die Absender des Schreibens fest.

In ihrem Schreiben bedienen sich die Verfasser Argumenten, die auch von radikalen Corona-Leugnern in Umlauf gebracht werden, beispielsweise jenes, wonach die Impfung noch nicht ausreichend untersucht worden sei. De facto wurde allerdings noch kaum eine Impfung so genau erforscht wie jene, die nun vor einem schweren Covid-19-Verlauf schützen soll.

Sprecher der Gruppe, die sich online organisiert hat, ist unter anderem Verena Egger, die ihre Tätigkeit als Pädagogin bereits aus Protest gegen die Corona-Politik der Bundesregierung niedergelegt hat. Als Unterstützer des Schreibens scheint die Organisation FAN (Freie Arbeitnehmer Österreich) auf, eine der impfkritischen Kleinpartei MFG nahestehende Arbeitnehmervertretung. FAN betont allerdings, weder Verfasser des Schreibens noch verantwortlich für dessen Inhalt zu sein.

Elfie Greiter

ai aktiv im Beobachterstatus, was in Österreich, Deutschland, Italien ... an Grundrechtsverletzungen derzeit abläuft.
LOCKDOWN FÜR UNGEIMPFTE IN ÖSTERREICH: Bestrafung für Unfolgsamkeit!
Bestrafung, obwohl die Viruslast von Geimpften wie Ungeimpften gleichermaßen hoch ist.
Bestrafung, obwohl es gelindere Maßnahmen gibt.
Bestrafung statt Dialog/Diskurs!
Heimat, warst du großer Söhne/Töchter, kein vielgerühmtes Österreich mehr ...
#woistvdb #vdb #VanderBellen
By the way: WO IST VAN DER BELLEN?

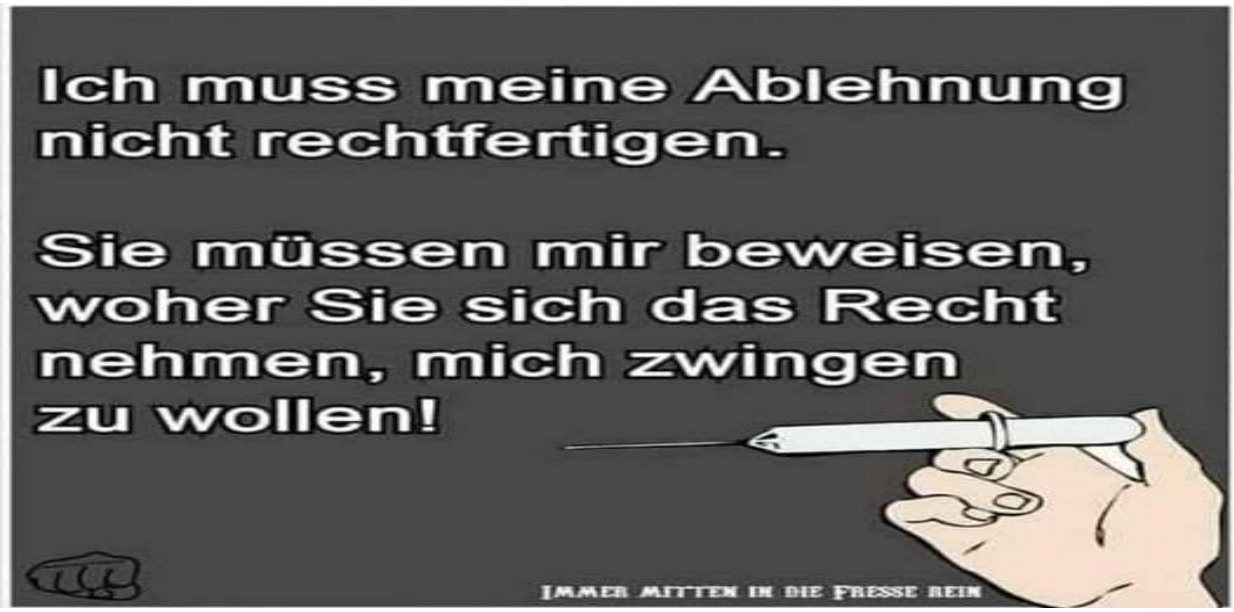
Frankfurter Allgemeine

CORONA IN ITALIEN

Amnesty kritisiert Diskriminierung Ungeimpfter

Von Matthias Rüb, Rom
17.01.2022, 16:01

Die Menschenrechtsorganisation wendet sich gegen die strengen Corona-Maßnahmen in Italien. Auch Ungeimpfte müssten das Recht haben, am Arbeits- und Sozialleben teilzuhaben.



POLITISCHE KUNDGEBUNG

22.1.2022 13:00 – 15:00 UHR

WIEN

SIGMUNG-FREUD-PARK, VOR DER VOTIVKIRCHE

www.mfg-oe.at

MFG ÖSTERREICH

MENSCHEN FREIHEIT GRUNDRECHTE

MAG. DR. GERHARD PÖTTLER
"Neuigkeiten zur aktuellen Lage"

DR. MAG. GEORG PRCHLIK
"Impfpflichtgesetz - der aktuellste Stand / Problematik der Haftung für Impfschäden"

UNIV. PROF. DR. JOHANN MISSLIWETZ
"Impfnebenwirkungen / Impfschäden"

Redaktion

POLITIK & AKTUELLES

IMPFMANDATE »ILLEGAL« – WAS POLITIKERN »EGAL« SEI: GOOGLE ZENSIERT PODCAST MIT MRNA-ERFINDER, DER IMPFLICHT MIT NAZI-METHODEN VERGLEICHT

17. Januar 2022

Dr. Robert Malone spricht von »Massenbildungspsychose« und geht viral – Google, Twitter und YouTube zensieren prompt.

In einem der beliebtesten Podcasts der USA *The Joe Rogan Experience* haben Big Tech Giganten wie Google, YouTube und Twitter die Episoden zensiert, nachdem der mRNA-Erfinder Dr. Robert Malone den Impfzwanger vieler westlicher Länder kritisiert hat.

In einem mehr als dreistündigen Silvester-Podcast mit Moderator Joe Rogan beschuldigte Dr. Malone, ein international anerkannter Wissenschaftler in den Bereichen Virologie, Immunologie und Molekularbiologie, Regierungsbeamte der »Gesetzlosigkeit« in ihrer völligen Missachtung der Bioethik, indem sie Mandate – für experimentelle COVID-19-Geninjektionen – erteilten, die »ausdrücklich im Widerspruch zum Nürnberger Kodex stehen«, wie *LifeSiteNews* berichtet.

Die Mandate seien »schlichtweg illegal, und es ist ihnen egal«, sagte er.

Malone verglich die Ereignisse der letzten Jahre mit dem Massenphänomen der Nazis und nannte die Corona-Panik eine »Massenpsychosenbildung«.

Obwohl Deutschland in den 1920er- und 30er-Jahren eine »sehr intelligente, hoch gebildete Bevölkerung« hatte, »wurden sie völlig verrückt«, so Malone.

»Wenn man eine Gesellschaft hat, die sich voneinander abgekoppelt hat und in der die Angst umgeht, dass die Dinge keinen Sinn ergeben, können wir sie nicht verstehen. Und dann wird ihre Aufmerksamkeit durch einen Anführer oder eine Reihe von Ereignissen auf einen kleinen Punkt gelenkt, genau wie bei der Hypnose, sie werden buchstäblich hypnotisiert und können überall hingeführt werden«, fügte er hinzu.

Als das Rogan-Interview mit Malone über das Neujahrswochenende viral ging und zur Top-Episode auf der gesamten Spotify-Plattform wurde, begann auch der Begriff »Massenpsychose« in den sozialen Medien zu kursieren.

Zu diesem Zeitpunkt scheinen die Tech-Giganten mit ihren Bemühungen begonnen zu haben, das Interview zu zensieren.

Jack Posobiec von *Human Events* twitterte am 1. Januar einen Screenshot von Google, in dem erklärt wird, dass der Podcast »den Algorithmus gebrochen hat und Google jetzt damit kämpft, die Ergebnisse manuell zu bearbeiten, wenn man nach Massenbildungspsychose sucht. Probiert es aus. So etwas habe ich noch nie gesehen.«

Posobiec postete eine halbe Stunde später ein weiteres Bild, das den Unterschied zwischen den Google-Suchergebnissen für den Begriff und den Ergebnissen des weniger politischen DuckDuckGo zeigte, wobei er hervorhob, dass Google ein obskures »Gamer«-Video an die Spitze seiner Auswahl gestellt hatte.

»Google hat jetzt das Video dieses zufälligen Typen, der Dr. Malone wegen Massenpsychose angreift, zum Top-Ergebnis gemacht«. Das Video des Betreibers eines Accounts namens »JustALazyGamer« hatte über 1200 Aufrufe und nur 37 »Likes«. Im Gegensatz dazu steht [Malones Artikel über das Konzept] auf DuckDuck ganz oben«, schrieb er.

Die Google-Zensur belegt ironischerweise das Argument Malones. Durch die Zensur und die Einsetzung des Gamer-Videos arbeitet Google an genau dem, was Dr. Malone kritisiert: eine »Massenmeinungspsychose«.

Quelle: freiewelt.net

Wien 20.01.22

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

KRONE.AT

Impfpflicht-Gegner vor Hofburg aufmarschiert

Es ist nicht nur ein intensiver Tag für die Abgeordneten des Nationalrats, wo neben der ökosoz...

https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/wie-konzerne-von-der-corona-pandemie-profitieren?fbclid=IwAR30JimlBby4XW6wyJr6yUSHa8E_ITKlCQluRi4DG8rrhlTsq6DsIuJRcTs

Wie Konzerne von der Corona-Pandemie profitieren

-
- **Wie Konzerne von der Corona-Pandemie profitieren**

Ausländische Investoren könnten mit Krisenmaßnahmen Milliarden verdienen

In einer Wirtschaftskrise, die zu Hunger oder Unruhen führen könnte, sah sich ein Finanzminister gezwungen, die Schulden seines Landes nicht zu begleichen, die Währung massiv abzuwerten und die Wasser- und Stromtarife einzufrieren. Das führte dazu, dass 42 transnationale Unternehmen Klagen wegen entgangener Gewinne einleiteten. Das klingt tagesaktuell, ist in Wirklichkeit aber ein Bericht über Argentinien inmitten der Finanzkrise von 2002. Diese Geschichte könnte sich durch COVID-19 in vielen Ländern wiederholen, wenn diese außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen müssen, um die beispiellose wirtschaftliche Schockwelle nach COVID-19 zu bewältigen.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 wird erst langsam sichtbar. Die UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) hat vor einem

"drohenden finanziellen Tsunami" gewarnt, der zu weltweiten Investitionseinbrüchen um 40 Prozent führen könnte, und hat auf ein 2,5 Billionen Dollar schweres Krisenpaket für Entwicklungsländer gedrängt. Weltweit waren Regierungen gezwungen finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, die vor einigen Monaten noch undenkbar gewesen wären. Sie mussten nicht nur öffentliche Mittel zur Stärkung der Gesundheits- und Sozialsysteme, zum Schutz der Armen und Schwachen, zur Unterstützung von Arbeitnehmer*innen und Kleinunternehmen aufstellen, sondern sie mussten auch Sofortmaßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel die Aussetzung von Zahlungen an private Unternehmen oder die Übernahme privater Unternehmen zur Herstellung wichtiger Gesundheitsausrüstung.

Die Maßnahmen der Regierungen werden massiven Druck auf die ohnehin schon angespannten öffentlichen Haushalte ausüben, ganz besonders in den Ländern des globalen Südens. Weniger bekannt ist jedoch, dass sie auch eine Welle von Klagen multinationaler Konzerne und Investitionsanwälten auslösen könnten. Diese Klagen könnten im Rahmen der sogenannten ISDS (Investor-State Dispute Settlement), einer Paralleljustiz für Unternehmen und Investoren, erhoben werden. Diese Paralleljustiz ISDS ist im Kleingedruckten fast aller Investitionsabkommen weltweit verankert. Innerhalb der Paralleljustiz haben Unternehmen die Möglichkeit Staaten wegen Gesetzen, Vorschriften und Maßnahmen von Regierungen zu verklagen, die sich möglicherweise auf ihr Geschäft auswirken - selbst wenn diese Maßnahmen angesichts der größten gesundheitlichen Krise, die die Welt je erlebt hat, ergriffen wurden. Durch solche Klagen wird die ohnehin schon immense finanzielle Belastung für viele Staaten noch weiter wachsen.

Mit nur 29 Jahren

Kölner Amateur-Fußballer stirbt nach Training

Große Betroffenheit: Die zweite Mannschaft des VfB 05 Köln beim Testspiel gegen die Kaderthal Kickers mit einem Trauer-Banner für Kerim Arslan.

© VfB 05 Köln

Illustration von Somerset Bean: somersetbean.com

Das globale Netz von Investitionsabkommen könnte Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 untergraben

Die Paralleljustiz ISDS wird durch ein komplexes Netzwerk von internationalen Handels- und Investitionsabkommen ermöglicht, die allesamt Investitionsschutzklauseln mit ISDS enthalten. Schon bisher haben Konzerne Staaten bereits erfolgreich verklagt - etwa für deren Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit sowie für die Ausweitung des erschwinglichen Zugangs zu Energie, zu sauberem Wasser oder besseren Arbeitsbedingungen. Dieser Zugang zu einer privaten Paralleljustiz ist ausschließlich ausländischen Investoren und Unternehmen vorbehalten und funktioniert nur in eine Richtung: Staaten können Investoren im Rahmen der ISDS-Paralleljustiz nämlich nicht wegen Verletzung der Menschenrechte oder Missachtung von Umweltstandards verklagen.

Die UNCTAD bestätigte kürzlich, dass weltweit bereits mehr als 1000 ISDS Klagen gegen Staaten bekannt sind. Die Zahl der Klagen ist in den letzten zehn Jahren in die Höhe geschnellt, und mit ihnen auch die Höhe der Klagesummen.

Diese exponentielle Kurve der Klagen könnte in Folge von COVID-19 noch weiter ansteigen. Law360, ein spezialisiertes Anwaltsmagazin, schrieb am 8. April 2020: "Für die Geldgeber von Schiedsgerichtsverfahren könnten die letzten Wochen den Beginn eines Booms markieren".

Selbst wenn Klagen von Unternehmen gegen Staaten in der Krise außergewöhnlich und politisch riskant erscheinen mögen, gibt es auch dafür bereits Beispiele. Schon früher haben transnationale Unternehmen, unterstützt von Investitionsanwält*innen und Drittfinanziers, auf Basis internationaler Investitionsabkommen Krisenländer verklagt um Gewinne zu erzielen.

Die Erfahrungen Argentiniens sind hier von besonderer Bedeutung. Trotz einer Krise, in der die Wirtschaft um 28 Prozent schrumpfte und die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fiel, ließen sich ausländische Investor*innen nicht davon abhalten, Klagen gegen die Regierung einzuleiten. 42 Unternehmen reichten Klagen ein und forderten insgesamt 16 Milliarden Dollar.

Und tatsächlich bereiten Investitionsanwält*innen die Konzerne, die ihre Kunden sind, bereits auf diese „Gelegenheit“ vor. Am 26. März 2020 teilte die internationale Investitions-Kanzlei Aceris Law ihren Kunden mit: "Während die Zukunft ungewiss bleibt, wird als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie wahrscheinlich gegen verschiedene Schutzbestimmungen in bilateralen Investitionsabkommen ("BITs") verstoßen, was in Zukunft Ansprüche ausländischer Investoren nach sich ziehen wird". Mehrere andere Elite-Anwaltskanzleien veröffentlichten ebenfalls Hinweise[1].

Die peruanische Regierung wurde bereits gewarnt, dass die Aussetzung von Mautgebühren für das Straßennetz des Landes - eine Maßnahme, die die Regierung im Zusammenhang mit der COVID-Krise ergriffen hat - zu mehreren Paralleljustiz-Klagen führen könnte.

Die Klagen könnten darauf abzielen, eine Entschädigung für Krisenmaßnahmen zu erhalten – wie etwa in Spanien: Dort hatte die Regierung am 14. März 2020 einen Erlass verabschiedet, der es der Regierung erlaubt "einzugreifen und vorübergehend Industrien, Fabriken, Werkstätten, Bauernhöfe oder Räumlichkeiten jeglicher Art, einschließlich privater Gesundheitszentren sowie solcher deren Aktivitäten im pharmazeutischen Sektor liegen, zu besetzen". Andere Länder haben ähnliche Bestimmungen erlassen. Die italienische Regierung hat nun das Recht private medizinische Ausrüstung zu requirieren, um die öffentliche medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Ausländische Investoren könnten den Vorwurf erheben, dass Italien und Spanien gegen das Verbot der direkten Enteignung in Investitionsverträgen verstoßen, indem sie die Beschlagnahme von privatem Unternehmenseigentum und Ausrüstung erlauben. Die vorgeschriebene Schließung aller Geschäfte und die Beschlagnahme privater Produktionsstätten könnten von Investoren als indirekte Enteignung interpretiert werden. Die Regierungen werden sicherlich argumentieren, dass Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit inmitten der gegenwärtigen Krise Teil ihrer legitimen Staatsaufgaben sind.

Das Völkerrecht erlaubt es den Staaten, ihre Maßnahmen mit dem Argument der Notwendigkeit oder extremer Umstände (höhere Gewalt) zu verteidigen. Wissenschaftler*innen haben jedoch davor gewarnt, dass "das Plädieren auf höhere Gewalt sehr schwierig ist und dass Staaten selten Erfolg hatten, wenn sie sich in Angelegenheiten des Völkerrechts auf höhere Gewalt beriefen". Diese Verteidigungslinie hat sich in der Vergangenheit nicht als zielführend erwiesen, um Prozesse oder erfolgreiche und teure Klagen von Investoren zu stoppen. In 11 von 14 Fällen, in denen Argentinien den Notstand zur Verteidigung benutzte, wurde das Argument von der Paralleljustiz zurückgewiesen[2].

Ausländische Investoren könnten Millionen Dollar von den öffentlichen Haushalten abziehen

Gegenwärtig sind weltweit 343 ISDS-Klagen anhängig; die meisten (213 Fälle) richten sich gegen lateinamerikanische, asiatische und afrikanische Länder. In einigen Ländern des globalen Südens sind ISDS-Klagen in Höhe mehrerer Milliarden anhängig. Mexiko hat 12 anhängige Fälle, die insgesamt 5,4 Milliarden Dollar an Forderungen ausmachen. Indien hat 13 anhängige Fälle mit Ansprüchen in Höhe von 8 Milliarden Dollar. Aber die Klagen sind nicht nur ein Problem für Entwicklungsländer. Spanien, eines der am stärksten von COVID-19 betroffenen Länder, ist das am zweithäufigsten verklagte Land weltweit. Gegenwärtig führt die spanische Regierung rechtliche Auseinandersetzungen mit acht Investoren; die Konzerne versuchen die Verfahren zu beschleunigen, um insgesamt 739 Millionen Euro einzutreiben[3].

Bis Ende 2018 mussten Staaten in jenen ISDS-Fällen, die bisher öffentlich bekannt worden sind, den Investoren schwindelerregende 88 Milliarden Dollar zahlen.[4] Millionen Dollar an Steuergeldern wanderten - statt in die Finanzierung der öffentlichen Gesundheit, den Zugang zu Nahrungsmitteln und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fließen - in die Taschen von Konzernen.

Die Kosten der ISDS-Forderungen haben zur ohnehin schon hohen Auslandsverschuldung des globalen Südens beigetragen. Jene 88 Milliarden Dollar, die ausländischen Investoren und Investmentanwälten als Folge von ISDS-Klagen bis 2018 zugesprochen wurden, sind fast genauso viel, wie der Internationale Währungsfonds armen Ländern und Schwellenländern zur Bekämpfung der schlimmsten Auswirkungen der Coronavirus-Krise zur Verfügung gestellt hat. Und es ist das 18-fache des Budgets der Weltgesundheitsorganisation für 2020.

Coronavirus-Weckruf: fünf Maßnahmen, die Regierungen sofort ergreifen sollten

Die Tatsache, dass uns die tausendste ISDS-Klage mitten in einer tiefen sozialen und wirtschaftlichen Krise ins Haus steht, sollte ein Weckruf sein. So wie die Pandemie tiefgreifende gesundheitliche Ungerechtigkeiten und die Gefahren agroindustrieller Ernährungssysteme offenlegt, so zeigt sie auch die Gefahren von Handels- und Investitionssystemen auf, die Unternehmensgewinne über Gesundheit und Leben stellen.

Wir brauchen keine Handels- und Investitionsabkommen, die von Investoren dazu benutzt werden können Länder in der Krise zu verklagen. Wir können es uns nicht leisten, dass Investoren die knappen öffentlichen Mittel kassieren, die benötigt werden, um sich von der Rezession nach COVID-19 zu erholen. Verträge, die in Krisenzeiten die Souveränität von

Regierungen einschränken und knappe öffentliche Haushalte belasten, sind höchst problematisch.

Die Regierungen sollten dringend Maßnahmen ergreifen um sicherzustellen, dass transnationale Unternehmen und Investitionsanwält*innen nicht zu Nutznießern dieser Pandemie werden - auf Kosten des Wohlergehens und der Gesundheit der Menschen. Regierungen sollten daher:

1.) alle Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen aussetzen.

2.) alle notwendigen Schritte unternehmen, um (unilateral oder multilateral) bestehende Verträge aufzulösen.

2.) eine umfassende Überprüfung (Kosten-Nutzen-Analyse) ihrer gegenwärtigen und geplanten Investitionsabkommen vornehmen.

3.) die Zustimmung zur ISDS-Paralleljustiz zurückziehen, um die unmittelbare Gefährdung durch Klagen zu begrenzen.

5.) "Entschädigungszahlungen" an Investoren, die sich aus den ISDS-Klagen ergeben haben, aussetzen - oder wenigstens einen Schuldenerlass bzw. eine Restrukturierung der Schulden, die sich aus ISDS-Klagen ergeben haben verhandeln.

[1] Einige der Erklärungen, die von auf ISDS-Paralleljustiz spezialisierten Anwaltskanzleien abgegeben wurden, umfassen:

- "*Investitionsschiedsverfahren folgen oft auf Wirtschafts-, Finanz- oder andere Krisen*", Debevoise & Plimpton, 8. April, www.debevoise.com/-/media/files/capabilities/arbitration/covid19-impact-on-contracts-and-dispute-resolution.pdf
- "*Empfehlungen an die Staaten: Die Staaten sollten versuchen sicherzustellen, dass ihre geplanten Maßnahmen im Voraus mit dem Völkerrecht vereinbar sind, um zu vermeiden, dass sie sich mit einer Flut von Schiedsgerichtsverfahren auseinandersetzen müssen*", Shearman & Stearling, 14. März, www.shearman.com/perspectives/2020/04/covid-19-international-investment-protection
- "*Viele ausländische Investoren sehen sich mit weitreichenden staatlichen Eingriffen in zahlreiche Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit konfrontiert (in vielen Gerichtsbarkeiten auch Einschränkungen hinsichtlich des Einsatzes und der Freizügigkeit ihrer Mitarbeiter, der Nutzung ihres Eigentums und der Durchsetzung ihrer vertraglichen Rechte). Einige Investoren haben in Frage gestellt, ob das Ausmaß der verhängten Maßnahmen gerechtfertigt ist oder ob die Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu dem ernsthaften wirtschaftlichen Schaden stehen, den sie anrichten können.* " Herbert Smith Freehills, 9. April, www.herbertsmithfreehills.com/latest-

thinking/covid-19-pressure-points-a-balance-of-obligations-the-response-to-the-pandemic-and

- "*Die durch COVID-19 verursachte Gesundheitskrise könnte zu einer Chance werden, die Schiedsgerichtsbarkeit zu revolutionieren und ihre Tugenden im Gegensatz zu innerstaatlichen Gerichtsverfahren zu fördern und zu stärken.*" Anwaltskanzlei Garrigues, 24. März, www.garrigues.com/en_GB/new/will-covid-19-revolutionise-arbitration

[2]El Paso Energy Int. Co. (ICSID ARB/03/15); LG&E Energy Corp. (ICSID ARB/02/1); Enron (ICSID ARB/01/3); Suez/Aguas de Barcelona/Vivendi (ICSID ARB/03/19); Suez/Aguas de Barcelona/Interagua (ICSID ARB/03/17); Anglian Water Group (AWG) (UNCITRAL); Continental (ICSID ARB/03/09); CMS Gas (ICSID ARB/01/08); Impregilo (ICSID ARB/07/17); TOTAL S.A. (ICSID ARB/04/01); Sempra Energy (ICSID ARB/02/16)

[3] Nach günstigen Zuschlägen für die Investoren in den Fällen Eiser, Novenergia, Masdar, Infrastructure Services Luxembourg (ehemals Antin), Rreef, NextEraEnergy, 9REN Holding und Infrared Capital Partners haben die Unternehmen Vollstreckungsverfahren in den USA und Australien eingeleitet, damit sie nach Abschluss des Annullierungsverfahrens die spanischen Vermögenswerte eintreiben können.

[4] Berechnung auf der Grundlage der UNCTAD-Datenbank für Fälle bis Dezember 2018. Von den 310 offengelegten Fällen, die zugunsten des Investors entschieden oder beigelegt wurden, wurden in 213 Fällen (69%) Informationen über den Schadenersatz zur Verfügung gestellt.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

GESUNDHEITSMINISTER KARL LAUTERBACH TAUCHT INS SEINE ARBEIT AB & EINIGE SCHRÄGE AUSSAGEN VON IHM

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/oW1zT3t9SQr2/

Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprgrogramm beteiligen Schöne Weihnachten und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Der Nürnberger Codex muss geachtet werden!

"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts. Wir tun nichts, um schwere Verläufe zu verhindern, sondern warten achselzuckend ab, bis die schwer Erkrankten in die Krankenhäuser kommen. Für mich als Arzt, der seit dem Medizinstudium trainiert ist, kranken Menschen sofort zu helfen, ist das ein unhaltbarer Zustand. Und es ist politisch ein Irrsinn, nichts dagegen zu unternehmen, dass unsere Krankenhäuser von schwer Erkrankten mehr und mehr überrannt werden."

Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser

Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!